

## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Foto © Anne Weise

langsam geht das Jahr 2019 zu Ende. Aus sozialdemokratischer Sicht war es wieder ein unruhiges Jahr. Denn obwohl die Große Koalition in Berlin sich im Vergleich zum Vorjahr stabilisiert hat, gingen eine Reihe von Wahlen enttäuschend aus, auch die Umfragen verheißen nach wie vor wenig Gutes. Der Rückzug von Andrea Nahles als Parteivorsitzende im Frühjahr war überschattet von einem

indiskutablen innerparteilichen Umgang.

Aber 2019 wagte die SPD auch etwas Neues und verließ mit dem ersten Mitgliedervotum über eine Doppelspitze die eigene Komfortzone. Für viele überraschend setzten sich am Ende mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans zwei durch, die im Vorfeld klar machten, für ein „weiter so“ nicht zur Verfügung zu stehen. Und der Parteitag Anfang Dezember in Berlin fühlte sich nach Aufbruch an, nicht zuletzt wegen mutiger inhaltlicher Entscheidungen (siehe unten, Bundesparteitag).

In Ostholstein forderte die Europawahl im Mai wieder viel Engagement von den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Herzlicher Dank an alle, die Plakate geklebt, Flyer verteilt, an Haustüren geklopft oder Infostände organisiert haben!

Kurz nach der Sommerpause fand unser Kreisparteitag in Ahrensböök statt. Unseren in großen Teilen neu gewählten Kreisvorstand haben wir bereits in der letzten Ausgabe vorge-

stellt. Ein besonderer Dank geht an dieser Stelle noch einmal an unsere ausgeschiedenen Kreisvorstandsmitglieder Anastasia Brack, Susanne Böttcher-Meyners, Kerstin Bruhn, Jan-Marco Höppner, Martina Wieske und Fritz-Michael Kümmel, die mit viel Engagement auf Kreisebene mit angepackt haben.

Eine wirklich schöne Nachricht gab es in der vergangenen Woche. Nach mehreren Monaten Krankheitspause ist unsere Landtagsabgeordnete Regina Poersch zurück und nahm an der letzten Sitzung des Landtags in diesem Jahr teil. Liebe Regina, wir freuen uns, dass du wieder da bist!

Für 2020 gibt es bereits eine Menge Pläne. Im Frühjahr werden ein außerordentlicher Landesparteitag und unser Familienfest stattfinden, voraussichtlich in Neustadt. Außerdem soll der nächste Jahrgang unserer Parteischule starten. Für den Herbst steht eine Mitgliederversammlung auf dem Plan.

Bis dahin aber stehen erst einmal ein paar ruhig Tage an. Zeit zum Durchatmen, für die Familie und Freunde. Ich wünsche euch und euren Lieben eine schöne Weihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch. Im Namen des Kreisvorstandes bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und euer Engagement im vergangenen Jahr. Lasst uns 2020 daran anknüpfen! ■

Solidarische Grüße  
Euer

Niclas Dürbrook  
Kreisvorsitzender

## BUNDESPARTEITAG AUFBRUCH IN DIE NEUE ZEIT

Eine Frage war bereits vor dem Bundesparteitag am 6. bis 8. Dezember in Berlin geklärt. Denn wer künftig an der Spitze der Partei stehen sollte, war dieses Mal nur formal die Entscheidung der rund 600 Delegierten. Das entscheidende Wort hatten vorher bereits die Mitglieder gesprochen, die in einem mehrere Wochen dauernden Verfahren Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als neue Doppelspitze nominiert hatten.

### PFLÖCKE FÜR DEN KÜNFTIGEN KURS

Viele andere Fragen hingegen waren vor dem Parteitag noch offen. Wer wird es neben den Vorsitzenden in den neuen Vorstand schaffen? Und vor allem: Wie viel des Mottos „In die neue Zeit“ würde sich bei den inhaltlichen Entscheidungen

wiederfinden? Nach drei Tagen stand fest: ziemlich viel. Dieser Parteitag schlug eine Menge Pflöcke für den künftigen Kurs der SPD ein. Mit der Kindergrundsicherung sollen Kindern künftig unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern unterstützt werden. Hartz 4 soll durch ein Bürgergeld ersetzt werden, kurzfristig bereits die Sanktionen deutlich entschärft

INHALT	SEITE
Editorial	1
Bundesparteitag	1
Tickende Bomben	2
Nadelöhre der FBQ	3
Kreishaushalt	5
Fractionenkonferenz	5
Kitareform fällt durch	6
150 Jahre OV Eutin	6
Dokumentarfilm Tarek	7
Bosauer Fahne von 1919	8
Wasser und Webmaster	9
Impressum	9





werden. Eine neue Vermögenssteuer soll dafür sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich nicht noch weiter auseinander geht. Und nicht zuletzt setzt die SPD ambitionierte Ziele beim Klimaschutz: bis 2030 sollen 65 Prozent erneuerbare Energien erreicht werden, bis 2050 dann 100 Prozent.

### ÜBERRASCHENDE WAHLEN

Überraschungen gab es bei den Vorstandswahlen. Ursprünglich sollte die Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden von zuvor sechs auf dann drei verringert werden. Es kam beim Parteitag jedoch anders, um eine Kampfkandidatur zwischen Hubertus Heil und Kevin Kühnert zu verhindern. Um gleichzeitig die Quotierung zu ermöglichen, wurde die Zahl der

Stellvertreter auf fünf festgesetzt. Gewinnerin war Serpil Midyatli, unsere Landesvorsitzende aus Schleswig-Holstein, die spontan als Stellvertreterin kandidierte und vor Hubertus, Kevin, Anke Rehlinger und Klara Geywitz das beste Ergebnis holte.

Enttäuschend war das Ergebnis für den schleswig-holsteinischen Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner. Wie auch der Berliner Bürgermeister Michael Müller oder Außenminister Heiko Maas holte er in der ersten Runde der Wahlen für die Beisitzerinnen und Beisitzer im Parteivorstand ein überraschend schwaches Ergebnis. Er verzichtete darum auf einen zweiten Wahlgang, so dass Schleswig-Holstein künftig mit Serpil nur noch ein Mitglied im Parteivorstand stellt. ■

## LANDTAGSFRAKTION NORD- UND OSTSEE SIND TICKENDE ZEITBOMBEN

Die gefährliche Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee zu bergen, ist zukünftig für uns in Ostholstein mit unserer Küste ein sehr wichtiges Thema. Deshalb habe ich in meiner Rede in der Landtagssitzung am 11. Dezember 2019 als umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion erklärt:

Die Gefahr ist riesig: Allein im Rahmen des zweiten Weltkriegs wurden bis zu 1,6 Millionen Tonnen konventionelle und 220.000 Tonnen chemische Kampfmittel aus Wehrmachtsbeständen in Nord- und Ostsee versenkt. Diese Minen und Bomben korrodieren stetig. Die enthaltenen Sprengstoffe werden nach über 70 Jahren im Meerwasser immer instabiler. Es besteht die Gefahr, dass sie bei kleinsten Berührungen explodieren. Fischer in Nord- und Ostsee sind diesem Risiko zunehmend ausgesetzt.

Außerdem lagern sich die beständig aus den Sprengstoffen austretenden Chemikalien in Meerestieren, wie in Fischen und Muscheln, ab. Es besteht dringender Handlungsbedarf und wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Deshalb muss der Bund zeitnah seiner Verpflichtung, Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu beseitigen, verstärkt nachkommen und finanzielle Mittel für die Bergung der Munitionsreste in deutschen Gewässern bereitstellen.

Wir fordern, dass die notwendigen Sprengungen zum Schutz der Tierwelt nur unter Blasenschleier erfolgen dürfen und der für eine umweltschonende Bergung entwickelte Roboter

schnellstmöglich einsatzbereit ist. Zudem müssen Grenzwerte für Schadstoffe, die sich aus der Munition in Fischen und der Meeresumwelt insgesamt anreichern, auf Basis der bereits vorhandenen Untersuchungsergebnisse festgelegt werden. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 15. November 2019 zurückgenommen wird, nach dem geprüft werden soll, „ob weitere Instrumente zur Finanzierung der Räumung von Munition aus dem Meer, z.B. als Kompensation für Mehraufwand beim Küstenschutz oder als naturschutzrechtliche Kompensation genutzt werden können“. Dass ein solcher Beschluss ausgerechnet von einem grünen Umweltminister mitgetragen wird, zeigt einmal mehr, dass nicht überall grün drin ist, wo grün draufsteht!

Unabhängig von den Maßnahmen, die auf Bundesebene zu entscheiden sind, sollte die Landesregierung weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Meeresumwelt treffen, die bereits jetzt umgesetzt werden könnten, wie die Aufklärung der Bevölkerung. Um unsere Ziele der kompletten Munitionsbergung zu erreichen, muss die internationale Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum weiter ausgebaut werden. ■

Eure  
Sandra Redmann, MdL

## HEIßE PHASE ZU DEN NADELÖHREN DER FBQ-ANBINDUNG DIE NEUE SUNDQUERUNG UND DER LÄRMSCHUTZ IN BAD SCHWARTAU

Die Planungen für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung kommen in die entscheidende Phase – für den Norden Ostholsteins soll schon bald entschieden werden, ob unser Kleiderbügel langfristig erhalten bleiben kann und ob der Sund in ungefähr zehn Jahren als Autobahn und zweigleisige Schienentrasse mittels Tunnel oder Brücke gequert werden soll. Und im Süden kämpft die Stadtvertretung Bad Schwartaus weiterhin mit einstimmigen Beschlüssen für eine Troglösung und übergesetzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz, wobei sie auf die Solidarität der SPD in Berlin mit Johannes Kahrs als Chef-Haushälter und mir vertrauen kann, während die Verkehrsminister in Berlin und Kiel weiterhin stur auf Blockade setzen. Der Kampf um die Lebensqualität der betroffenen Anwohner entlang der Bahntrasse bleibt spannend. Bad Schwartau und der Fehmarn-Sund sind die beiden Nadelöhere der Hinterlandanbindung – solange es an diesen beiden sensiblen Punkten keine vernünftigen Lösungen für die Menschen der Region gibt, ist es vollkommen sinnlos, dass die Bahn mit der Planfeststellung auf der restlichen Trasse voranschreiten will und Druck macht – ohne Lösungen am Sund und in Bad Schwartau kann kein Güterzug von Kopenhagen nach Hamburg fahren. Und ob überhaupt der dänische Belttunnel in der Wunsch-Variante von Femern A/S vor dem Gericht in Leipzig bestehen kann, ist ja aktuell auch noch komplett offen.

### DER GEPLANTE NEUBAU EINER FEHMARNSUNDQUERUNG

Seit 2012 wissen Deutsche Bahn und Bundes-Verkehrsministerium, dass die schweren 835 m langen Güterzüge, die nach der Eröffnung des Belttunnels irgendwann von Dänemark nach Hamburg und Zentraleuropa brausen sollen, nicht über die bestehende Sundbrücke geführt werden können. Jetzt – sieben Jahre später – hat die Deutsche Bahn ihre vier Varianten zur neuen Sundquerung vorgestellt, wobei jede Variante einmal mit und einmal ohne Erhalt des Kleiderbügels möglich ist. Ich bestehe öffentlich seit 2015 darauf, dass die Menschen der Region – insbesondere stellvertretend die Kommunalpolitik und das Dialogforum – intensiv diese vier bis acht Varianten auf Herz und Nieren prüfen und hinterfragen können, bevor Verkehrsministerium und Deutsche Bahn Anfang 2020 ihre endgültige Entscheidung treffen wollen, die für die Insel Fehmarn und den gesamten Norden für die nächsten 100 Jahre das Landschaftsbild und die Wohnqualität (durch den wirksamen Schutz vor Güterverkehrslärm) prägen wird. Unabhängig davon, ob die Entscheidung auf die kombinierte Brücke, den Absenktunnel, die getrennten Brücken oder den Bohrtunnel fällt – jeweils mit oder ohne Erhalt des Kleiderbügels, jede der Varianten wird massive, unumkehrbare Auswirkungen auf die Region und die Menschen vor Ort haben.

Die Unterschiede sind immens: Bis zu 180 m hohe Pylonen beim Bau einer Schrägseilbrücke sollen in den Himmel ragen und werden dann – so lassen es die von der DB auf [www.anbindung-fbq.de](http://www.anbindung-fbq.de) veröffentlichten Bilder und Videos erahnen – im ganzen Norden Ostholsteins sichtbar sein. Diese Brücken-

pfeiler wären dann zweieinhalbmal so hoch wie unser 75 m hoher Kleiderbügel heute. Es wäre die höchste Schrägseilbrücke Deutschlands, gegen die sogar die Hamburger Köhlbrandbrücke mit 135 m wie ein Zwerg wirken würde.

Die Breite der Brücke würde sich von aktuell 21 m auf bis zu 71 m weit mehr als verdreifachen – das entspricht der Breite eines Fußballfeldes. Auch die Länge dieser Brücke würde sich mehr als verdoppeln – der aktuell 960 m langen Sundbrücke stehen 2,12 km beim Neubau einer kombinierten Brücke gegenüber. Wollen wir das?

### DIE ZUKUNFT DER SUNDBRÜCKE

Eigentlich gibt es absolut keinen einzigen vernünftigen Grund den bestehenden Kleiderbügel abzureißen, denn die Brücke ist 56 Jahre alt und damit für eine Brücke in Deutschland quasi im Teenageralter – tausende Brücken der DB sind in Deutschland weit über 100 Jahre alt. Allerdings verkündete Enak Ferlemann bereits im April 2012 – damals wie heute Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium – dass angeblich „in zehn Jahren ohnehin ein Ersatz für die alte Sundbrücke“ her müsse und zwar unabhängig davon, ob der Belttunnel käme oder nicht. Das war natürlich schon damals komplett falsch, denn nun hat am 28. November 2019 – oh Wunder – die Deutsche Bahn verkündet, dass die Sundbrücke nach einer Ertüchtigung noch ungefähr 130 Jahre stehen bleiben könnte. Ist das nicht verrückt? Wenn die Brücke jetzt noch 130 Jahre stehen bleiben kann, stellt sich mir die Frage auf welcher Grundlage das Bundesverkehrsministerium eigentlich jahrelang diese falschen Aussagen gemacht hat.

Sollte der bestehende Kleiderbügel erhalten bleiben, so soll dort künftig nur noch der Langsamverkehr (Fußgänger, Fahrrad- und Moped-Fahrer, Trecker etc.) fahren dürfen – und zwar auf Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums allein von Kommunen und Kreis finanziert. Das ist aus meiner Sicht natürlich absurd, weil es ja Bund und Land sind, die diese feste Beltquerung und den Staatsvertrag unbedingt wollen und damit nach dem Verursacherprinzip für jeden Neubau über den Sund verantwortlich sind. Hinzu kommt, dass die Deutsche Bahn die Instandhaltung der Sundbrücke seit Jahren massiv vernachlässigt hat. Obwohl der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages bereits 2016 die DB einstimmig verpflichtet hatte, die Sundbrücke bis (mindestens) 2035 für den jetzigen Verkehr uneingeschränkt betriebsbereit zu halten, und der ehemalige Bahnchef Rüdiger Grube uns Abgeordneten im Ausschuss damals zu Protokoll gab, von 2017 bis 2020 mindestens 10,9 Mio. Euro in die Instandhaltung der Brücke zu investieren, ist in diesen drei Jahren so gut wie nichts passiert. Seitdem hat die Bahn lediglich 960.000 Euro (!) für Instandhaltungsmaßnahmen ausgegeben und damit erneut ein Versprechen gebrochen – ein weiterer Sargnagel für ihre Glaubwürdigkeit in Ostholstein. Kein Wunder also, dass die DB die Brücke am liebsten in diesem kaputten Zustand an Kommunen und Kreis abgeben möchte ...

Noch absurder wäre es jedoch, wenn der Kleiderbügel nach den Plänen des Bundesverkehrsministeriums abgerissen

werden sollte. Dann soll nämlich der Langsamverkehr – entweder mit einer Extraspur über die neue Brücke oder einem Extratunnel (!) unter dem Sund durch. Diese Baukosten sollen dann ebenfalls von Kommunen und Kreis finanziert werden. Wer denkt sich nur solch einen Schwachsinn aus? Man stelle sich vor, wie Fußgänger (!) und Radfahrer zwei Kilometer durch einen Tunnel (!) vom Festland zur Insel gelangen ... Soll das etwa als neues touristisches Highlight gelten? Und der wunderschöne Blick auf den Sund, die Wellen, die Segler und Kite-Surfer ist Geschichte?



Wie genau soll die Anbindung für diesen örtlichen Langsamverkehr auf jeweils Festland und Insel verlaufen und wie soll er wo die Autobahn- und Güterschwerverkehrsstrasse queren?

## DIE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Das jahrelange Engagement der Verantwortlichen in der Region muss endlich ernst genommen und aktiv in die Entscheidungsfindung für eine neue Sundquerung eingebunden werden. Ja, das wird Zeit kosten. Aber wer von 2012 bis 2019 herumgetrödel hat, um diese Entscheidung – ohne jede Transparenz – im Hinterzimmer vorzubereiten, der muss sich jetzt die erforderliche Zeit für Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeit in der Region nehmen.

## WIR KÄMPFEN IM BUNDESTAG FÜR DEN ÜBERGESETZLICHEN LÄRMSCHUTZ IN OSTHOLSTEIN

In siebenjähriger Arbeit hat das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung einen Forderungskatalog für Maßnahmen des übergesetzlichen Lärmschutzes an der FBQ-Schienenanbindung erarbeitet und am 12. September 2019 den wichtigsten Haushalts- und Verkehrspolitikern der Großen Koalition in Berlin in einem gemeinsamen Antrag vorgestellt – ob diese Forderungen realisiert werden, entscheidet nämlich einzig und allein der Deutsche Bundestag.

In Bad Schwartau spricht sich die Stadtverordnetenversammlung seit jeher einstimmig für eine Tieferlegung der Bahnschienen in einen 7-Meter-Trog aus, um Lärm- und Erschütterungsschutz zu realisieren. Dieser Vorschlag wird von Verkehrsministern in Bund und Land aus Kostengründen stur abgelehnt. Für mich ist jedoch ganz klar, dass der Antrag aus Ostholstein im Bundestag nur als Gesamtpaket – also inklusive Bad Schwartau – beratungsreif ist. Und die Menschen in der größten Stadt des Kreises Ostholstein, die massiv von diesem Güterverkehr betroffen sein werden, verdienen unsere ganze Unterstützung.

Ich bin deshalb besonders froh, dass meine SPD-Bundestagskollegin Kirsten Lüthmann – als verkehrspolitische Sprecherin der SPD federführend für dieses Thema verantwortlich – seit

September 2019 das Heft des Handelns in die Hand genommen und sich in Fachgesprächen in Berlin sowohl mit der Stadt Bad Schwartau und als auch mit der Deutschen Bahn zusammengesetzt hat, um nach einer Lösung zu suchen. Die Stadtvertretung Bad Schwartaus hat einstimmig (!) sehr viel Geld bewilligt, um durch Fachgutachten eine fundierte

und sinnvolle Grundlage für ihre Forderungen zum übergesetzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz zu entwickeln. Das wird in Berlin von unserer SPD anerkannt. Klar ist, der Bund steht in der Verantwortung, die Menschen, die durch die Auswirkungen des Beltunnels mit den Erschütterungen, die die 835 m langen Güterzüge auslösen werden, konsequent zu schützen.

Es hat mich daher sehr gefreut, dass auf meine Einladung am 2. Dezember 2019 unser SPD-Chefhaushälter Johannes Kahrs nach Bad Schwartau kam, um sich selber ein Bild von der Lage zu machen und im örtlichen Bauausschuss Stellung zu nehmen. Johannes hat sich klar dazu bekannt, dass aus seiner Sicht die Troglösung für Bad Schwartau vernünftig ist. Und ich stimme ihm zu, wenn er sagt, dass „übergesetzlicher Lärmschutz Vertrauen für solche Großprojekte wie den Beltunnel schafft und wir den Menschen entgegenkommen müssen“. Wie kann es nur sein, dass CDU/CSU und FDP in den Personen von Verkehrsminister Scheuer, Staatssekretär Enak Ferlemann, Verkehrsminister Buchholz und selbst Landrat Sager die berechtigten Interessen der Menschen in Ostholstein dermaßen missachten?

Mit Kirsten Lüthmann und Johannes Kahrs sitzen die wichtigsten SPD-Verkehrs- und Haushaltspolitiker in Berlin mit im Boot und kämpfen für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein. Größere finanzielle Unterstützung für den Lärmschutz muss allerdings die Kieler Landesregierung liefern, anstatt immer nur Presseterminen mit der dänischen Regierung zu inszenieren. Anstatt regelmäßig gegen die Stadt Bad Schwartau quer zu schießen, wären volle Solidarität mit der Region und die Übernahme eines angemessenen finanziellen Beitrages für den übergesetzlichen Lärmschutz unterstützende Signale, die in Berlin wahrgenommen werden würden.

Ihr könnt euch sicher sein, dass ich den Antrag des Dialogforums inklusive der Forderungen aus Bad Schwartau und einer Sundquerungsvariante mit bestem Lärmschutz auch weiterhin mit aller Kraft in Berlin unterstützen werde. ■

Ich wünsche Euch und Euren Familien eine schöne und erholsame Weihnachtszeit.

Eure

Bettina Hagedorn, MdB



## SPD STIMMT DEM KREISHAUSHALT 2020 ZU

**Am 3. Dezember hat der Kreistag Ostholstein den Haushalt für das Jahr 2020 verabschiedet und damit eine Reihe von großen Projekten auf den Weg gebracht. Die SPD Kreistagsfraktion hat dem Haushalt in diesem Jahr zugestimmt.**

### SITUATION HAT SICH DEUTLICH VERBESSERT

Seit mehreren Jahren verzeichnet der Kreis Ostholstein Überschüsse in seinem Haushalt. Das liegt vor allem an der wirtschaftlichen Lage, die sich deutlich verbessert hat und für Steuereinnahmen sorgt. Zum anderen profitiert der Kreis auch von finanziellen Entlastungen der Kommunen, für die in der Bundesregierung vor allem die SPD gesorgt hat. Für 2020 sieht der Haushaltsplan trotz deutlich steigender Ausgaben darum einen Überschuss von 1,128 Millionen Euro vor, neue Schulden werden nicht aufgenommen.

### GROßE NEUBAUPROJEKTE

Darum gibt es in Ostholstein Spielraum, um nachzuholen, wofür im Kreis über viele Jahre zu wenig Geld vorhanden war. Zum Beispiel für die Sanierung der Gebäude des Kreises, zu denen auch die Kreisberufsschulen gehören. Aber auch größere Neubauprojekte können angegangen werden. So plant der Kreis eine neue Feuerwehertechnische Zentrale in Lensahn, die inklusive Ausstattung voraussichtlich zwischen sechs und sieben Millionen Euro kosten wird. Auch den Neubau des Frauenhauses Ostholstein unterstützt der Kreis, in Eutin ist zudem ein Anbau für die Kreisverwaltung in Planung.

Der Anbau ist dringend nötig, denn die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt. Auch hier wurde über viele Jahre gespart, so dass es zu einer Arbeitsverdichtung in der Kreisverwaltung kam, die zulasten der Mitarbeiter\*innen ging.

### UNTERSTÜTZUNG DER GEMEINDEN UND STÄDTE

Die Städte und Gemeinden in Ostholstein stehen unterschiedlich gut da. Obwohl die Steuereinnahmen im Schnitt deutlich gestiegen sind, konnten davon nicht alle Kommunen profitieren. Im Ergebnis geht die Finanzkraft im Kreis weit auseinander. Um den Kommunen mehr Spielraum zu verschaffen, kommen zwei Erleichterungen. Zum einen wird die Kreisumlage gesenkt, die festlegt, welchen Anteil ihrer Einnahmen die Städte und Gemeinden an den Kreis abgeben müssen. 2020 sinkt die Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte auf 33,5 Prozent. Im Vergleich zu anderen Kreisen liegt Ostholstein damit im Mittelfeld.

Zum anderen wird ein neues Instrument eingeführt, mit dem diejenigen Kommunen unterstützt werden, deren Finanzkraft unterdurchschnittlich ist. Dafür steht im so genannten Strukturfonds künftig eine Million Euro zur Verfügung. Städte und Gemeinden mit überdurchschnittlicher Finanzkraft bekommen keine weitere Unterstützung.

### DIE POSITION DER SPD-KREISTAGSFRAKTION

Die Zustimmung der SPD zum Kreishaushalt ist keine Selbstverständlichkeit, weil CDU und Grüne in Ostholstein ein Bündnis bilden und in der Vergangenheit mit ihrer Mehrheit Haushalte auf den Weg gebracht haben, die aus Sicht der SPD Kreistags-

fraktion nicht zustimmungsfähig waren. In diesem Jahr finden sich aber viele Punkte im Haushalt, die der SPD wichtig sind oder sogar direkt von uns angestoßen wurden. Dazu zählt zum Beispiel die Stärkung der Schuldnerberatung.

Eine andere Position als die Mehrheit im Kreistag hatte die SPD bei der Frage der Unterstützung finanzschwacher Kommunen. Im letzten Finanzausschuss wurde die Kreistagssitzung vorbereitet. Dort hatte die SPD beantragt, den neuen Strukturfonds zum Start nicht mit einer Million, sondern mit 1,5 Millionen Euro auszustatten. Dafür wäre aus Sicht der Fraktion im Kreishaushalt ausreichend Spielraum gewesen. Zugleich sind viele finanzschwache Kommunen dringend auf Unterstützung angewiesen. Leider konnte die SPD sich mit dieser Position nicht durchsetzen. Trotzdem ist die Entscheidung für den Strukturfonds aus Sicht der Kreistagsfraktion ein Schritt in die richtige Richtung, weshalb die SPD in der Kreistagssitzung dem Start auch mit kleinerem Budget zugestimmt hat.

### FONDS KOMMT 2020 AUF DEN PRÜFSTAND

Wichtig ist der Fraktion, dass im kommenden Jahr Umfang und Kriterien für die Unterstützung der Kommunen auf den Prüfstand kommen. So erhalten im kommenden Jahr alle finanzschwachen Kommunen pro Einwohner denselben Betrag. Ob eine Kommune dabei nur knapp unter dem Durchschnitt liegt oder aber an letzter Stelle, spielt keine Rolle. Es wird auch nicht berücksichtigt, ob Kommunen vor besonderen Herausforderungen stehen, weil zum Beispiel in der Vergangenheit große Investitionen getätigt wurden oder ein Schulneubau ansteht. Es wird diskutiert werden müssen, ob dies so bleiben soll. Dass das auch vielen SPD-Kommunalpolitiker\*innen in den Städten und Gemeinden ein wichtiges Anliegen ist, zeigte nicht zuletzt eine Runde der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden mit Kreistagsfraktion und Kreisvorstand. ■

### ERSTE OSTHOLSTEINER FRAKTIONS-VORSITZENDENKONFERENZ

Ein engerer Austausch zwischen den sozialdemokratischen Gemeinde- und Ratsfraktionen, das war einer der Wünsche beim Kreisparteitag Ende August. Der neue Kreisvorstand vereinbarte darum, noch in diesem Jahr die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Ostholstein zu einem Austausch einzuladen. Im Scharbeutzer Bürgerhaus standen am 29. November vor allem zwei Themen im Fokus: Die Senkung der Kreisumlage (siehe oben) und die Kita-Reform der Jamaika-Koalition auf Landesebene. Zahlreiche Nachfragen und Redebeiträge zeigten, dass zu beiden Themen großer Diskussionsbedarf bestand. Die gemeinsame Runde soll darum in Zukunft regelmäßig stattfinden und den Fraktionen vor allem auch die Möglichkeit zum Austausch untereinander bieten. ■

**Hinweis** Die Präsentation der Kreistagsfraktion zu den Themen Kreisumlage und Strukturfonds gibt es auf Anfrage in der Kreisgeschäftsstelle.

## SPD KREISTAGSFRAKTION LEHNT KITA-REFORM AB STELLUNGNAHME DES FRAKTIONSVORSITZENDEN

Das Kita-Reform-Gesetz, das Jahrhundertprojekt der Landesregierung wird in diesem Monat verabschiedet. Die Reform, die in einem umfangreichen Beteiligungsprozess von Landeselternvertretung, Trägerverbänden und Kommunalen Landesverbänden erarbeitet wurde, soll ab dem Kita-Jahr 2020/21 ab 1. August 2020 Familien, Kommunen und Kitas deutlich stärken. Die Kernziele der Reform, bessere Betreuungsqualität und finanzielle Entlastung von Eltern und Kommunen, wurden auch durch die marginalen Verbesserungen in den letzten Wochen nicht erreicht. Alle, aber auch alle, haben sich gegen den vorliegenden Entwurf der Kita Reform positioniert und lehnen ihn aus unterschiedlichsten Gründen ab. Damit meine ich den Landkreis-, Städte- und Gemeindetag.

Auf den Punkt brachte es der Geschäftsführer vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag Jörg Bülow: „So wie die Reform nun vorliegt, darf sie nicht verabschiedet werden. Ziel der Reform war es, die Kommunen zu entlasten.“ Diese sehen sich als Verlierer, die draufzahlen müssen.

So haben auch 160 Bürgermeister\*innen auf der Delegiertenkonferenz am 22. November 2019 in Nortorf einstimmig gegen die vorgesehene Kita-Reform ausgesprochen, weil die Reform die Kommunen finanziell belastet, anstatt sie zu entlasten.

Die Abschlussberatung im Sozialausschuss des Landtages ergab auch keine Änderungen der Reform. Deshalb war die Enttäuschung der Gemeinden groß und es wird jetzt dazu kommen, dass die Gemeinden die Steuern erhöhen müssen und niedrige Elternbeiträge auf die gesetzliche Deckelung anheben werden.

Abgelehnt wird die Reform auch vom Kinderschutzbund, Gewerkschaften, von der Landesarbeitsgemeinschaft der

freien Wohlfahrtsverbände und von der Landeselternvertretung der Kitas. Sie kritisieren, die Pläne seien familienunfreundlich, die Schließzeiten zu lang, so dass Mütter und Väter weiter gezwungen sind, ihren Urlaub aufzusplitten und da im Gesetzesentwurf die Verpflegungskosten nicht weiter aufgeführt sind, ist zu befürchten, dass sich dahinter Mehrkosten verstecken könnten.

Die SPD Kreistagsfraktion stellt fest, dass der von der Landesregierung als großer Schritt auf dem Weg zu einem familienfreundlichen Schleswig-Holstein gepriesene Gesetzesentwurf zu finanziellen Belastungen von Eltern und Kommunen führen wird.

### WIR WOLLEN BEITRAGSFREIHEIT FÜR KITA UND HORT

Durch die Deckelung der Beiträge in der Reform, den Wegfall des Krippengeldes, die Begrenzung der Geschwisterermäßigung auf die Kitakinder und die mögliche Erhöhung der Verpflegungskosten werden Eltern zukünftig finanziell mehr belastet, deshalb lehnen wir die jetzige Reform ab. Eine Kita-Reform war erforderlich, der Entwurf wird aber von allen mit den unterschiedlichsten Begründungen stark kritisiert und abgelehnt. Alle erwarten, aber wohl vergeblich, dass Korrekturen an der Reform vorgenommen werden. ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

Die SPD Stellungnahme wurde im Kreistag nicht unterstützt, sondern in den Fachausschuss überwiesen.

## 150 JAHRE ORTSVEREIN SPD EUTIN

Am 7. November 2019 war es nun endlich soweit. Die Vorbereitungen über fast zwei Jahre mündeten in einem wunderbaren Jubiläumsfest 150 Jahre Ortsverein SPD Eutin.

Zur Eröffnungsveranstaltung am Vormittag in der historischen Küche im Eutiner Schloss waren neben zahlreichen Genossinnen und Genossen auch prominente Vertreter des öffentlichen Lebens wie Probst Peter Bark und Pastor Stefan Grützmacher gekommen. Die beiden Herren hielten gemeinsam eine Rede und stellten unter anderem einen herrlichen Bezug anhand der roten Farbe, stehend für Aufbruch und Veränderung, zwischen SPD und Kirche her. Weitere Vertreter aus den Sportvereinen und Gewerkschaften hielten freundliche Gastreden und zeigten die tiefe Verbundenheit des Ortsvereins zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Eutin.

Politisch wurden die Gäste von unserer Landesvorsitzenden Serpil Midyatli mit einer kämpferischen Rede begrüßt. Serpil beschwor die Grundwerte der SPD Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Wir können stolz auf das bereits Geleistete sein und werden

auch zukünftig den Grat zwischen Visionen und pragmatischen Lösungen zum Vorteil der Bürger gehen.

Der Bürgermeister Carsten Behnk berichtete von seinen Vorfahren, welche selber als SPD Genossen noch in Straßenkämpfen für die gerechte Sache eintraten. Und er freute sich, dass diese Zeiten der Vergangenheit angehören. Auch der Kreispräsident Harald Werner konnte mit einer emotionalen Rede dem Anlass angemessen über alle Parteigrenzen hinweg nur Gutes über uns sagen.

Am Abend waren wir Genossen und Genossinnen dann ganz unter uns und konnten in der Alten Mühle in ungezwungener Atmosphäre alte Geschichten von unzähligen versammelten Jahrzehnten Mitgliedschaft lauschen und mal wieder feststellen, dass auch für die gegenwärtigen Herausforderungen nur die SPD die Antworten liefert.

Mit dem Schwung dieses Abends auf in die Zukunft! ■

Christoph Gehl  
Beisitzer OV Eutin

## DOKUMENTARFILM IN NEUSTADT DIE GESCHICHTE VON TAREK SAAD

Foto © Leif Harms-Krohn

**Zu Dienstag, den 3. Dezember, hatten der Juso Kreisverband, der SPD Ortsverein Neustadt und unsere Landtagsabgeordnete Sandra Redmann zur Vorführung des Films *First Line* eingeladen. Im Anschluss gab es eine Diskussionsrunde mit dem Protagonisten Tarek Saad und dem Regisseur Jonas Nahnsen über den Film und dessen gesellschaftlichen Kontext. Die rund 25 Zuschauer\*innen nutzten die Möglichkeit der Diskussion mit den beiden sehr rege.**

Der 40-minütige Dokumentarfilm erzählt die Geschichte von Tarek: Von der Flucht aus Syrien, dem Ankommen in Deutschland und seinem politischen Engagement heute.

In Syrien hatte Tarek nach dem Abitur als Kriegsberichterstatter gearbeitet. Dabei wurde er angeschossen und lag mehrere Tage im Koma. Nachdem er sich erholt hatte, entschloss er sich 2014, aus Syrien zu fliehen. Als er in Deutschland angekommen war, lebte er in Felde im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Einer der ersten Menschen, mit denen Tarek eine gute Beziehung aufgebaut hatte, ist Petra Paulsen, Bürgermeisterin (SPD) der Gemeinde Felde. Sie bringt die zentrale Botschaft des Films auf den Punkt, indem sie sagt: „Freiheit hat Tarek lernen müssen“. Tareks politisches Engagement ist für ihn von großer Bedeutung und spielt folgerichtig im Film eine große Rolle. Ein prägendes Ereignis war dabei eine Gegendemonstration zu einem Pegida-Aufmarsch. Hierbei hat Petra Tarek auch dem damaligen Ministerpräsidenten Torsten Albig vorgestellt. Kurze Zeit später trat er dann in die SPD ein. Mittlerweile ist er Landesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt, und er studiert in Kiel Politik- und

Islamwissenschaft. Ein besonderer Höhepunkt des Films war der SPD-Landesparteitag in Neumünster, auf dem Tarek einen Antrag gestellt und eine Rede gehalten hat, um diesen zu begründen.

Die Diskussion zu diesem Film war sehr konstruktiv. Es wurde über die aktuelle Situation von Geflüchteten diskutiert. Dabei hat Tarek zum Ausdruck gebracht, dass er sich in Deutschland grundsätzlich willkommen gefühlt hat. Aber jedes Mal, wenn er zur Ausländerbehörde gehen musste, war das anders und entsprechend unerfreulich. Auch die Frage, was man als Einzelperson tun kann, um die Zustände zu verbessern, war ein Thema in der Diskussion. Tarek appellierte an alle Teilnehmer\*innen, dass sie wählen gehen sollen und natürlich dabei keine rechten Parteien wählen sollten. Von allen Teilnehmer\*innen gab es positives Feedback. ■

Leif Lennard Harms-Krohn  
stellvertretender Vorsitzender der SPD Neustadt



Fotos © Hansjörg Thelen (2)



Jonas Nahnsen, Regisseur; Sandra Redmann, MdL; Jesper Kolk, Vorsitzender Jusos Ostholstein; Tarek Saad, Protagonist u. Landesvorsitzender AG Migration und Vielfalt; Leif Harms-Krohn



## 100 JAHRE SPD GESCHICHTE IN BOSAU FAHNE DER USPD VON 1919

Ferdinand Lassalle gründete am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Dieser Tag gilt als Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie. 1890 gab sich die deutsche Sozialdemokratie in Halle den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“

Die damals noch junge Sozialdemokratie erreichte bei den Reichstagswahlen 1874 in Schleswig-Holstein die absolute Mehrheit in zwei Wahlkreisen. Einer davon war der Wahlkreis 9 (Oldenburg/Plön). Und das, obwohl in Ostholstein die Gutsherrschaft vorherrschte – oder gerade deshalb. Viele der politisch aufgeschlossenen Menschen hatten sich für die SPD eingesetzt und sie auch kritisch begleitet.

Im Ersten Weltkrieg hatte die SPD Deutschland verteidigt und mit zunehmenden Kriegsjahren auch politisch Friedenslösungen gefordert. In der Frage der ständig neu zu bewilligenden Kriegskredite spaltete sich die SPD 1917 in Mehrheitssozialisten (MSPD) und unabhängige Sozialisten (USPD).

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) war eine sozialistische Partei im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Die USPD bestand nach massiven Parteientritten aus ehemaligen SPD



pe, die im Jahr 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands gründeten. Zwischen 1920 und 1922 setzte der Zerfall der USPD ein. Viele Mitglieder gingen 1920 zur SPD zurück. 1922 vereinigten sich die beiden Parteien in Nürnberg wieder zur Mutterpartei SPD.

Der SPD Ortsverein Bosau besitzt eine große Fahne der USPD, in die auf der blauen Seite „Für Freiheit und Recht“ und auf der orangen Seite Ortsgruppe Bosau 1919 mit dem „Handschlag“, dem alten Symbol der Arbeiterverbrüderung, eingestickt ist. Damit wird dokumentiert, wie politisch es damals in unserer Gemeinde Bosau zugegangen war.

Leider haben wir außer der Fahne nichts mehr, das uns Auskunft über die USPD, MSPD und SPD geben könnte. Natürlich wissen wir, dass von 1933 – 1945 die SPD verboten war. Aber überall im Lande wurden Dinge, die die Sozialdemokraten betrafen, versteckt, vergraben, so wie auch unsere Fahne.

1947 wurde der SPD Ortverein Bosau gegründet oder wir können sagen, der Ortsverein wurde wieder ins Leben gerufen, da es ihn schon während der Weimarer Republik und vielleicht auch im Kaiserreich gab? Wir wissen es nicht.



Mitgliedern.

Höhepunkte nach der Parteigründung im April 1917 waren neben dem Wirken in der Novemberrevolution 1918 die Regierungsbeteiligungen der USPD. Der USPD gehörten 1917 ca. 100.000 Menschen an, 1920 erreichte die Mitgliederzahl mit 900.000 ihren höchsten Stand. Durch Rücktritte, Absetzungen und Wahlniederlagen verlor sie zahlreiche Machtpositionen. Hinzu kann die Abspaltung von Mitgliedern der Spartakusgrup-

Wir haben auch keine Unterlagen über unsere politische Arbeit hier in Bosau für die ersten Jahre seit 1947. Das ist sehr schade, zeigt aber auch die Sorge und Nöte der Menschen in der Nachkriegszeit, die ihr Leben sichern mussten und keine Zeit zum Schreiben von Protokollen hatten. ■

Burkhard Klinke  
SPD Bosau



## IM NEUEN JAHR KÖNNTEN WIR MAL ...

### ... ZUM WEBMASTER-TREFFEN NACH KIEL FAHREN

Am 18. Januar treffen sich zwischen 10 und 15 Uhr Soz.is- und SPD-Net-SH-Webmaster im Walter-Damm-Haus zum gemeinsamen Arbeiten an SPD-Homepages. Außerdem sind Gäste eingeladen, die noch etwas zu guter Öffentlichkeitsarbeit, Social-Media & Co. erzählen. Lars Winter – Der Facebook-Bürgermeister um 12 Uhr, Delara Burkhardt – Die Instagram-Abgeordnete um 14 Uhr und um 15 Uhr Felix Deutschmann – Facebook-Werbung für Einsteiger.

Auch Interessierte, die noch keine Websites haben oder betreuen, können sich auf <https://www.spd-ostholstein.de/termin/mach-deine-website-fit/> anmelden, über Beate (s.u.) werden Mitfahrangebote und -gesuche vermittelt. ■

### ... DAS VOLKSBEGEHREN ZUM SCHUTZ DES WASSERS UNTERSCHREIBEN

Zum Volksentscheid zum Schutz des Wassers kommt es, wenn bis zum 2. März 2020 mindestens 80.000 Schleswig-Holsteiner/innen ab 16 Jahren das Volksbegehren unterschreiben. Die Unterschriften können sowohl in Ämtern und Rathäusern abgegeben als auch von uns an anderen Stellen und auf der Straße gesammelt werden.

Jetzt ist doch ein guter Zeitpunkt, schnell noch im alten Jahr oder gleich im neuen Jahr zu unterschreiben. Ziel ist, direkte Demokratie für alle stimmberechtigten Schleswig-Holsteiner\*innen zu ermöglichen und sie über den Schutz des Wassers entscheiden zu lassen. ■

### IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband Ostholstein  
23701 Eutin  
kv-ostholstein@spd.de

Lübecker Straße 6  
Telefon 04521/59 57  
www.spd-ostholstein.de

#### Mails an die Redaktion

Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de  
und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de

**V.i.S.d.P.** Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender

**Redaktion** Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens

**Korrektur** Susanne Bötticher-Meyners

**Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind  
Beiträge der Redaktion ■